

Die AfD stoppen!

Gegen die Brandstifter*innen auf der Straße, an den Stammtischen und in den Parlamenten!

Spätestens seit den Landtagswahlen am 13. März dieses Jahres ist deutlich geworden, welche Dimension der Rechtsruck - den wir seit Monaten erleben - mittlerweile erlangt hat. In drei weiteren Landesparlamenten ist mit der selbsternannten "Alternativen für Deutschland" ab sofort eine offen rassistische Partei mit jeweils zweistelligen Wahlergebnissen vertreten. Damit hat die rassistische, islamfeindliche Bewegung, die nicht nur für verbale Attacken gegen geflüchtete Menschen mitverantwortlich ist, sondern auch für zahlreiche Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, Brandstiftungen und Mordversuche, nun auch eine ernstzunehmende parlamentarische Vertretung. Mit kaum verhülltem Rassismus und Nationalismus, schafft es die AfD das Elend der Geflüchteten in eine angebliche Gefahr umzudeuten. Sie profitiert dabei von den Aktivitäten einer Vielzahl weiterer rechter Akteure, sowie von der Existenz zahlreicher rassistischer Vorurteile in großen Teilen der Bevölkerung.

Bei der Partei »Alternative für Deutschland« handelt es sich nicht nur um irgendeine Partei. Es ist eine Partei, die gegen Migrant*innen und Erwerbslose hetzt und die sich gegen die Rechte von Frauen und Arbeiter*innen stellt. Die AfD steht für eine Politik, die von autoritären Denkmustern und nationalistischer Überheblichkeit gekennzeichnet ist. Dafür werden markt-liberale Positionen durch Rassismus, Sexismus und Nationalismus ergänzt. Die AfD propagiert die Bevorzugung des eigenen nationalen Kollektivs gegenüber dem Rest der Menschheit.

AfD = offener Rassismus

Die Menschen, die aus ihrer krisen- und kriegszerstörten Heimat fliehen mussten und hier Schutz suchen, werden durch die AfD gezielt entwürdigt und entmenschlicht. AfD-Vizechef Alexander Gauland fordert: »Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten« und verglich Schutzsuchende mit einem Wasserrohrbruch, der ja auch abzudichten sei. Doch es geht schlimmer: Parteisprecherin Frauke Petry und AfD-Vizin Beatrix von Storch forderten im Frühjahr 2016 Geflüchtete gleich an den EU-Außengrenzen zu erschießen, damit sie gar nicht erst nach Deutschland kommen. Die AfD benutzt Schlagwörter wie »Überfremdung«, »Asylmissbrauch«, »Parallelgesellschaft« oder »Asylchaos« um bei der Bevölkerung Ängste zu erzeugen, sie würden ihre erarbeiteten Existenzen verlieren oder das deutsche Sozialsystem würde »geplündert« und infolgedessen zusammenbrechen.

AfD = Partei der Besserverdienenden & des Sozialabbaus

Die AfD vertritt ein konsequent neoliberales und anti-soziales Weltbild, das sich unter anderem gegen Erwerbslose und andere sozial Benachteiligte richtet. Soziale Errungenschaften, die von Generationen von Arbeiter*innen hart erkämpft wurden, sollen rückgängig gemacht werden. Den ohnehin viel zu niedrigen Mindestlohn will die Partei am liebsten ganz abschaffen.

Wer Migrant*innen hasst, wählt die AfD genau wegen ihrer rassistischen Gewaltphantasien. Genau darum versucht die Partei das derzeitige rassistische Klima in Wahlerfolge zu verwandeln und stellt dafür einige ihrer öffentlichen Forderungen hinten an. Ein Blick in die Programmatik der Partei zeigt: Für den Erhalt und das Erstarren des Standorts Deutschland fordert die AfD weitere Abschaffungen von Sozialleistungen, die Privatisierung der Sozialversicherungen und Beschneidungen von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Arbeitszwang für Erwerbslose ist ebenso ein Vorschlag zur Verstärkung einer Zwei-Klassengesellschaft, wie die gezielte Elitenförderung von Kindern aus reichen Familien. Arbeitsförderungsprogramme zum erleichterten Einstieg für Langzeitarbeitslose lehnt sie als »wettbewerbsverzerrend« ab. Die Partei tritt außerdem für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer, so wie die Absenkung des Spitzensteuersatzes ein. Demnach soll ein Konzernchef mit Millioneneinkommen den selben Steuersatz zahlen wie ein/e normale/r Angestellte/r.

Auswertungen einer Forsa-Studie belegen, dass mehr als die Hälfte aller AfD-Mitglieder (53%) über ein Netto-Haushaltseinkommen von 3.000 Euro verfügen. Die AfD ist keine Partei des »kleinen Mannes« oder »volksnah«, wie sie sich gern gibt. Sie ist eine Klientel-Partei für Großkonzerne und des höheren Mittelstandes. Ihr Ziel ist eine autoritäre Wirtschaftspolitik, in der der Markt die Gesetze macht und die Menschen sich diesen unterordnen müssen. Konkret heißt das, wer dem Recht des Stärkeren auf dem Arbeitsmarkt zum Opfer fällt muss zusehen, wie er/sie überlebt – ohne Geld für Essen und eine Wohnung.



NATIONALISMUS IST KEINE ALTERNATIVE

DIE BEFREITE GESELLSCHAFT SCHON!

AfD = „Familienpolitik“ von gestern

Antifeminismus ist der AfD eine Herzensangelegenheit und zentraler Bestandteil ihrer Ideologie. Ganz unverblümt hetzt sie gegen jede Gleichstellung der Frau, gegen Menschen, die nicht ihrer verklemmten sexuellen Norm entsprechen und gegen Alternativen zur traditionellen Mann-Frau-Kind-Familie.

Die AfD stützt sich auf Forderungen, die einem rückständigen Familienbild entsprechen, welches die Familie als »Keimzelle der Nation« betrachtet. Sich für Kinder zu entscheiden ist demnach keine ganz persönliche Entscheidung mehr, sondern die Entscheidung »Kinder fürs Vaterland« zu bekommen. Durch arbeitende Mütter, Zuwanderung und »Frühsexualisierung«, »Gender Mainstreaming« und gleichgeschlechtliche Ehe sieht die AfD die traditionelle Familie bedroht. Themen wie z.B. Homosexualität sollen deshalb aus dem Schulunterricht verbannt werden. Die Thüringer Landtagsfraktion der AfD geht sogar soweit eine Zählung aller Homosexuellen im Land zu fordern. Außerdem spricht die Partei Frauen das Recht auf Selbstbestimmung ab und fordert eine Volksabstimmung zum Verbot von Abtreibungen. Frauke Petry fordert Frauen dazu auf mindestens drei Kinder zu bekommen. Für die Frau hieße dass: Arbeiten gehen und die Kinder in die Kita geben, oder zu Hause bleiben und Hartz 4 beziehen. Wie dass gehen soll, wenn die AfD die Hartz-4 Bezüge kürzen und kostenfreie Kitas gleichzeitig abschaffen will, wird nicht erklärt.

AfD = Keine Alternative!

Eins wird in all diesen Fragmenten rechter Ideologie deutlich: Die Rechten versuchen reale Ängste vor sozialem Abstieg, die in Zeiten der ökonomischen Krise des Kapitalismus für viele greif- und erlebbar sind, aufzugreifen und gegen die schwächsten Teile der Gesellschaft zu kanalisieren. Letztlich spielt diese Politik den Herrschenden und dem kapitalistischen System in die Hände und steht einem solidarischen Miteinander aller Menschen direkt entgegen.

Die Verhältnisse in denen wir leben sind schlecht, das stimmt. Sie werden aber auch nicht dadurch besser, dass die Menschen abgestraft werden, deren Länder wir zu Gunsten unseres Wohlstandes ausbeuten. Die Lösung kann nur sein, dass wir uns in unserem Viertel, am Arbeitsplatz, in den Schulen und Universitäten zusammenschließen und gegen dass kämpfen was uns das Leben wirklich madig macht: sinkende Löhne, bei gleichzeitigem Anstieg der Lebenserhaltungskosten, horrende Mieten, Altersarmut, schlechte Krankenversorgung usw.. Die Antworten der AfD auf soziale Probleme sind mehr Sozialabbau und mehr Überwachung, schnelleres Abschieben, Verweigern von Menschenrechten und Schießbefehle an den Außengrenzen.

Es selbst in die Hand nehmen...

Wir erteilen rassistischen, sozialchauvinistischen, nationalistischen, sexistischen und anti-emanzipatorischen Positionen eine Absage – egal von welchen Parteien oder Organisationen sie geäußert werden. Wir werden uns dem entschieden entgegenstellen und der AfD keinen Raum für ihre reaktionäre Hetze geben.

Die AfD führte in Lüneburg regelmäßig Veranstaltungen durch und der regionale Kreisverband ist einer der Größten in Niedersachsen. Angesichts der anstehenden Kommunalwahl im Herbst 2016 ist mit einer weiteren Zunahme ihrer Aktivitäten zu rechnen. Gegen die AfD und ihren Rassismus und Nationalismus gab es in der Vergangenheit schon verschiedene Proteste in Lüneburg. Allein im Jahr 2015 fanden sieben Kundgebungen gegen AfD-Versammlungen in der Gaststätte „Adlerhorst“ und in der Uni statt. Im März 2016 konnte ein Infostand der AfD in der Lüneburger Fußgänger*innenzone erfolgreich gestört werden.

Unter dem Motto [Keine Ruhe für die AfD!] rufen antifaschistische Initiativen aus der Region zu weiteren Aktionen gegen die AfD auf. Einen ungestörten Wahlkampf der AfD und anderer rechter Parteien können und wollen wir nicht hinnehmen, hier muss ein deutliches antifaschistisches Eingreifen und Handeln erfolgen!

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Platz für alle Menschen ist, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung oder sozialem Status. Wir stellen uns gegen rassistische Erklärungsmuster, Nationalismus oder Ausgrenzungen, die gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen entspringen. In diesem Sinne sind alle Menschen aufgefordert, sich aktiv einzumischen für eine soziale Umgestaltung und Demokratisierung der Gesellschaft, um rassistische und reaktionäre Positionen zurückzudrängen.

Für eine starke antifaschistische Bewegung!

Bundesweite Kampagnen gegen die AfD:

www.aufstehen-gegen-rassismus.de - www.nationalismusistkeinealternative.net

Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

Postfach 1217 - 29544 Bad Bevensen
0172-4152311 - kontakt@antifa-lg-ue.org

www.antifa-lg-ue.org

